

Einladung zu einer Tagung: "Nach dem Krieg ist vor dem Krieg"

Eine friedenswissenschaftliche "Zwischen"bilanz in Marburg, 2.-3. März 2002

Die Terroranschläge in den USA am 11.09. und die auf sie folgenden Kriegshandlungen zeigen einmal mehr, dass Sicherheit und Frieden nicht durch ein Maximum an technologischer Aufrüstung erreicht werden. Trotzdem wird diese Sicherheitslogik' auch in den zivil-polizeilichen Bereich übertragen, etwa in Form der Rasterfahndung, deren herausragendes Objekt die zuvor absichtsvoll als "Ruheraum für den Terrorismus" etikettierten deutschen Hochschulen sind. Diese Entdemokratisierung wird durch die falsche Behauptung legitimiert, Schutz könne nur durch ein Höchstmaß an präventiver Überwachung sowie durch behördliche Kontrolle einer unendlichen Zahl personenbezogener Daten gewährleistet werden. Durch die Militarisierung der Innen- und Außenpolitik, wie wir sie aktuell erleben, werden jedoch vor allem traditionelle Macht- und Ungleichheitsverhältnisse stabilisiert, soziale, ökonomische und kulturelle Interessenkonflikte entpolitisiert und so verschärft, und es wird zivilen Problemlösungen der Boden entzogen.

Die veranstaltenden Verbände sind der Meinung, dass zum öffentlichen Auftrag der Hochschulen die Humanisierung universeller Lebensbedingungen und der Abbau von Feindbildern durch herrschaftsfreie, vernunftgeleitete Verständigung gehört. Bisher sind jedoch - ungeachtet des Engagements von Einzelpersonen - aus dem Bereich der institutionalisierten Wissenschaft entsprechende politische Initiativen nicht zu verzeichnen. Statt dessen breitet sich ein wissenschaftsfeindliches Klima des Verdachtes, der Denunziation und der Denktabus aus. Dieses resultiert nicht nur aus aktuellen Anlässen. Zu befürchten ist, dass wir gegenwärtig auch mit den entpolitisierenden Wirkungen der dominanten technokratischen Hochschulentwicklung konfrontiert sind, in deren Rahmen das Leitbild gesellschaftlicher Verantwortung durch vordergründige Erfolgskriterien ökonomischer Konkurrenzfähigkeit und Verwertbarkeit verdrängt wurde.

Indem wir über die bildungs- und friedenspolitischen Konsequenzen des 11. September debattieren, machen wir das öffentliche Engagement von Hochschulangehörigen aller Statusgruppen sichtbar. Dazu gehört etwa eine Bilanz des bisherigen "Krieges gegen den Terrorismus", die Diskussion der angesichts der Dimension der Ereignisse völlig neu aufgeworfenen Fragen und der künftigen Aufgaben einer sich politisch verstehenden Wissenschaft.

Gerade weil wir der Meinung sind, dass die gegenwärtige Militarisierungs- und Gewaltspirale das Gegenteil von dem bewirkt, was die beteiligten Regierungen vorgeben, liegt es in unserer Verantwortung, dem besseren Wissen, zu dem auch die Friedens- und Konfliktforschung der letzten Jahrzehnte ihren Beitrag geleistet hat, Geltung zu verschaffen.

Der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, der freie Zusammenschluss der StudentInnenschaften, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft - Hauptvorstand und Landesverband Hessen, die NaturwissenschaftlerInnen-Initiative und das Zentrum für Konfliktforschung, Philipps-Universität Marburg

laden ein:

Samstag, 02.03.2002, 12:00 Uhr bis 12:15 Uhr:

Begrüßung: Prof. Dr. Ralf Zoll, Zentrum für Konfliktforschung, Philipps-Universität Marburg

12:15 Uhr bis 13:00 Uhr:

Die globalstrategische Bedeutung des Krieges in Afghanistan und des »Kampfes gegen den Terror«, Dr. Wolfgang R. Vogt, Paxforum, Hamburg

13:15 Uhr bis 14:00 Uhr:

Zur (neuen) Rolle Deutschlands im Krieg und gegen den Terror, Georg Fülberth, BdWi, Marburg

14:15 Uhr bis 15:00 Uhr:

Militärischer Anti-Terror-Einsatz als "Pazifistische Realpolitik" (J. Fischer)?
Argumente ehemals friedensbewegter KriegsbefürworterInnen, Claudia Haydt,
Vorstand Informationsstelle Antimilitarisierung, Tübingen
Moderation: Kerstin Puschke, fzs, Bochum

16:00 Uhr bis 18:30 Uhr, Arbeitsgruppen:

1. Freiheitsrechte, entsorgt im Sicherheitspaket
Sönke Hilbrans, Republikanischer Anwaltsverein, Berlin
Moderation: Annett Mängel, JungdemokratInnen / Junge Linke, Potsdam
2. Neues aus den USA: Kriegspolitik und Bürgerrechte
Katharina Sophie Rürup, Berlin
Moderation: Carmen Ludwig, fzs, Gießen
3. Krieg für Frauen(rechte)?
Daniela Marx, Göttingen
Moderation: Dagmar Neubauer, BdWi, Frankfurt/M.
4. Krieg und Völkerrecht
Dr. Peter Becker, International Association of Lawyers against Nuclear Arms, IALANA, Marburg
Moderation: Dietmar Göttling, IALANA, Marburg
5. Das Bild des Islam in der deutschen kulturellen Überlieferung – aktuelle Bezüge
PD Dr. Susanne Enderwitz, Berlin
Moderation: Prof. Dr. Werner Ruf, BdWi, AFK, Kassel
6. Die Rolle der Medien im Krieg
Anton Andreas Guha, Frankfurter Rundschau
Moderation: Klaus Rainer Schürmann, NaturwissenschaftlerInnen-Initiative, Dortmund
7. Friedensaktive in Hochschule und Wissenschaft
Prof. Dr. Franz Fujara, NaturwissenschaftlerInnen-Initiative, Darmstadt
Moderation: Christian Höflinger, AStA Uni Gießen
8. Friedenserziehung und politische Bildung an der Schule
Bernhard Nolz, Zentrum für Friedenskultur, PädagogInnen für den Frieden, Siegen
Jutta Irle, Grundschullehrerin, Reformschule Kassel, GEW Hessen
Moderation: Christoph Baumann, GEW Landesverband Hessen, Frankfurt/M.

19:30 Uhr bis 22:00 Uhr:

Friedensperspektiven in der Region Südostasien

Podiumsdiskussion mit den GesprächspartnerInnen:

Mariam Notten, Revolutionary Association of Women in Afghanistan / RAWA, Berlin,
Elal El Mogaddedi, Hammer Menschenrechtsforum, Hamm, Patrick Ziegenhain,
Asienhaus, Essen

Moderation: Dr. Helmut Aichele, NaturwissenschaftlerInnen-Initiative, Erlangen

Sonntag, 03.03.2002, 09:00 Uhr

Zivile gewaltfreie Alternativen zu Krieg und Terrorismus

Dr. Regine Mehl, Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn

10:30 Uhr, Schlussplenum

Frieden braucht Bewegung. Friedenspolitik im Wissenschaftsbereich

Reiner Braun, NaturwissenschaftlerInnen-Initiative, Dortmund

Christian Golla, Netzwerk Friedenskooperative, Bonn

Gerd Köhler, GEW Hauptvorstand, Frankfurt/M.

Carmen Ludwig, fzs, Gießen

Prof. Dr. Wolfgang Nitsch, BdWi, Oldenburg

Prof. Dr. Ralf Zoll, Zentrum für Konfliktforschung, Philipps-Universität Marburg

Moderation: Andreas Staets, GEW Landesverband Hessen, Marburg

Ausblick mit Verabredungen zur Weiterarbeit

Informationen:

Die Tagung findet statt in den Räumen des

Fachbereichs Rechtswissenschaften

Landgrafenhaus

Universitätsstr. 7

35037 Marburg.

Teilnahmebeitrag:

5 EUR für Studierende u. Arbeitslose / 10 EUR für Erwerbstätige.

Anmeldung bei:

Forschungs-, Informations- & Bildungsstelle beim BdWi

Gisselberger Str. 7

35037 Marburg

Tel: (06421) 21395

Fax: (06421) 24654

E-Mail: fib.bdwi@bdwi.de